SCHÜLER PROTESTIEREN

FÜR BILDUNGSREFORMEN

🕙 26.05.2025, 11 UHR 📍 Marktplatz Schwerin

1. Mentale Gesundheit stärken
2. Strukturelle Reformen – Eine Schule der Freiheit
3. Demokratiebildung – Demokratie macht Schule
4. Schülermitwirkung – Selbstwirksamkeit erfahren
5. Soziale Gerechtigkeit – Chancen schaffen
6. Klare Kante gegen Extremismus

LSR Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern · Stadtschülerrat Schwerin · Stadt Schülerrat Rostock · Förderverein LSR M-V e.V. Von uns. Für Schülermitwirkung in Mecklenburg-Vorpommern · Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern

1. Mentale Gesundheit stärken 3
1.1 Tag der mentalen Gesundheit 3
1.2 Fach für Lernmethoden und Resilienzförderung 3
1.3 Schulsozialarbeiterschlüssel 4
1.4 verpflichtende schriftliche Hausaufgaben abschaffen 4
1.5 Green Card 5
1.6 Individuelle Pausengestaltung: Ruheräume an allen Schulen 5
1.7 Verringerung von Leistungskontrollen pro Woche 6
2. Strukturelle Reformen – Eine Schule der Freiheit 6
2.1 Wahlmöglichkeit für 12 oder 13 Jahre Gymnasium 6
2.2 Verpflichtendes Mathe-Abitur abschaffen 6
2.3 Notengebung in Talentfächern reformieren 7
2.4 Freiraum im Rahmenplan schaffen 7
2.5 Kopfnoten abschaffen 7
2.6 Astronomie abschaffen 8
2.7 Regionalschulen stärken 8
3. Demokratiebildung – Demokratie macht Schule 8
3.1 Juniorwahlen 9
3.2 Projekttag Demokratie 9
3.3 Politische Bildung/Sozialkunde als einbringungsverpflichtendes Fach in der Oberstufe 10
4. Schülermitwirkung – Selbstwirksamkeit erfahren 10

4.1 Klare Rechte für Schülervertreter 11
4.2 Handlungsrichtlinien für Schülermitwirkung als Grundplan 11
4.3 Debattieren als Basis für Demokratiebildung 12
4.4 Verpflichtende Weiterbildungsmöglichkeiten 12
4.5 Beteiligungsnetzwerk für Schülervertreter 13
4.6 Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an Rahmenplänen 13
4.7 Regelmäßige Unterrichtsevaluation der Schülerinnen und Schüler 13
4.8 Anhörungspflicht auf Kreisebene 14
4.9 Verpflichtende Protokollierung an Schulen 14
4.10 Annerkennung von Schülervertretungsarbeit 15
4.11 Einführung des Klassenrats 15
5. Soziale Gerechtigkeit - Chancen schaffen 16
5.1 Gesellschaftliche Teilhabe: kostenloses Schülerticket 16
5.2 Bildungsgutschein für Lernmittel 16
5.4 Barrierefreiheit aller Schulen 17
5.5 Umfassende und gerechte Digitalisierung 17
5.6 Kostenfreie Bereitstellung von Menstruations- und Hygieneartikeln auf Schultoiletten 17
6. Klare Kanten gegen Extremismus 18
6.1 Konsequente Ahndung von Straftaten 18
6.2 Präventive Angebote 18
6.3 Medienbildung stärken 19

1. Mentale Gesundheit stärken

„Jeder fünfte junge Mensch berichtet von psychischen Problemen." Das ist das Ergebnis der kürzlich veröffentlichten Studie der Robert Bosch Stiftung, die im Rahmen des Deutschen Schulbarometers Schülerinnen und Schüler zu ihrer mentalen Gesundheit befragt hat. Demnach weisen 21% der Schülerinnen und Schüler psychische Auffälligkeiten auf. Besonders betroffen sind Schülerinnen und Schüler, deren Eltern häufig von finanziellen Sorgen betroffen sind. Ihr Anteil liegt bei 33%.
Die mentale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler ist alarmierend. Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um Schülerinnen und Schüler zu entlasten.

1.1 Tag der mentalen Gesundheit

Die Schulen sollten landesweit einen Projekttag zum Thema mentale Gesundheit organisieren, um über psychische Erkrankungen aufzuklären und die Schülerinnen und Schüler für dieses Thema zu sensibilisieren. Hierbei sollte die Schülerschaft über Lerntypen, diverse Lernmethoden, Resilenztraining und über Hilfsangebote informiert werden. Zusätzlich hat der Tag zum Ziel, das Thema zu enttabuisieren, damit Schülerinnen und Schüler offen über ihre psychischen Probleme kommunizieren und die Hemmschwelle gesenkt wird, sich an die Schulsozialarbeit, die Schulseelsorge oder andere Hilfsangebote zu wenden.

1.2 Fach für Lernmethoden und Resilienzförderung

Lernmethoden und Resilienzförderung sollten nicht nur Teil des Tages der mentalen Gesundheit sein, sondern in einem Fach und in den Rahmenplänen anderer Fächer verankert werden. Die Situation an Schulen ist häufig so, dass die Schülerinnen und Schüler ins Abitur gehen, ohne ihren Lerntyp zu kennen oder eine effektive Lernmethode zu beherrschen. Die Dauerbelastung von durchschnittlich 35 Unterrichtswochenstunden plus Hausaufgaben in der Oberstufe stellt eine große mentale Belastung dar. Zusätzlich sorgen die ständigen Fachsprünge, denen das Gehirn täglich mehrfach ausgesetzt ist, zu geringer fachlicher Tiefe, welche häufig durch zusätzliche Hausaufgaben kompensiert wird. Bekommen die Schülerinnen und Schüler nicht vermittelt, wie man effektiv lernt, wird die restliche Freizeit oft vollständig von der Schule eingenommen. Dazu bleibt der

dringend benötigte Ausgleich durch Sport oder gesellschaftliches Engagement auf der Strecke.

1.3 Schulsozialarbeit

Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, auf ausgebildete Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zurückzugreifen, um über psychische und individuelle Probleme zu sprechen. Außerdem müssen Lehrerinnen sensibilisiert und unterrichtsfreie Zeiträume geschaffen werden, um pädagogische Arbeit barrierefrei ausführen zu können.
Damit die Schulsozialarbeit ihren Aufgaben gerecht werden kann, fordern wir einen festen Schulsozialarbeiterschlüssel von 150 Schülerinnen pro Schulsozialarbeiter. Eine feste Finanzierungsgrundlage, die unabhängig von EU-Mitteln wirkt, ist integral für langfristiges Arbeiten. Auch eine konkrete Gesetzesgrundlage im Landesrecht mit klaren Ansagen und Perspektiven ist relevant.

1.4 Verpflichtende schriftliche Hausaufgaben abschaffen

Hausaufgaben sind eine zusätzliche Belastung, die es Schülerinnen und Schülern erschwert, sich eigenständig und konzentriert auf Lernerfolgskontrollen vorzubereiten. Deshalb sollte das Konzept von Hausaufgaben dringend überdacht werden. Ohne diesen zusätzlichen Zeitaufwand bleibt mehr Raum für außerschulisches Engagement, das Eigenverantwortung und persönliche Entwicklung fördert – oft in einem Maße, das die Schule allein oft nicht leisten kann. Aus unserer Sicht ist diese freie Zeit besonders wertvoll, da sie mehr Möglichkeiten für Projekte schafft, die Demokratie an Schulen erlebbar machen. Zudem zeigt die Entwicklung generativer KI-Anwendungen, dass Hausaufgaben ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen. Lehrkräfte können kaum nachvollziehen, ob Schülerinnen und Schüler die Aufgaben selbst gelöst haben, was eine faire Bewertung erschwert und das eigentliche Lernziel verfehlt. Der ursprüngliche Zweck von Hausaufgaben, den Stoff zu wiederholen und zu üben, ist aus unserer Sicht weiterhin wichtig. Es wäre jedoch sinnvoller, zusätzliche Übungsmaterialien bereitzustellen, anstatt auf verpflichtende Hausaufgaben zu setzen.

1.5 Green Card

Die Schule hat den Auftrag, Schülerinnen und Schüler zu eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Erwachsenen zu erziehen. Dazu gehört auch, dass sie lernen, ihre Zeit sinnvoll einzuteilen, Prioritäten zu setzen und eigenverantwortlich zu entscheiden, wie sie sich bestmöglich auf Leistungsnachweise vorbereiten. Gerade in der eng getakteten Klausurenphase empfinden viele Schülerinnen und Schüler den schulischen Druck als hoch und beklagen, dass ihnen nicht ausreichend Zeit zur gezielten Vorbereitung bleibt. Besonders lange Schultage, die sich weit in den Nachmittag erstrecken, erschweren eine individuelle Lernorganisation zusätzlich. Um diesem Problem entgegenzuwirken und selbstbestimmtes Lernen zu fördern, wird die „Green Card“ eingeführt. Sie gibt Schülerinnen und Schülern ab der Jahrgangsstufe 10 die Möglichkeit, pro Semester an bis zu zwei Tagen eine Freistellung vom Unterricht zu beantragen, um sich gezielt auf anstehende Klausuren oder andere schulische Verpflichtungen vorzubereiten. Die Beantragung erfolgt im Vorfeld schriftlich und bedarf der Genehmigung durch die Schulleitung. Eine Genehmigung kann nur versagt werden, wenn die Freistellung an Prüfungstagen oder anderen schulisch besonders relevanten Tagen beantragt wird. Die „Green Card“ soll nicht als Mittel zum Schwänzen missverstanden werden, sondern als sinnvolle Ergänzung zur bisherigen Lernroutine. Sie ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihren Schulalltag ein Stück weit individueller zu gestalten und die Verantwortung für ihren eigenen Lernerfolg zu übernehmen.

1.6 Individuelle Pausengestaltung: Ruheräume an allen Schulen

Wir fordern eine Anpassung der Pausenregelung, die die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Schülerinnen und Schüler sollten die Freiheit haben, ihre Pausenzeit nach ihren individuellen Bedürfnissen zu gestalten. Während einige sich nach einem ruhigen Rückzugsort sehnen, möchten andere ihre Pause aktiv auf dem Schulhof verbringen. Eine flexible Pausengestaltung fördert Erholung und Wohlbefinden und trägt zur besseren Konzentration und Lernfähigkeit durch den Ortswechsel und die frische Luft bei.

1.7 Verringerung von Leistungskontrollen pro Woche

Die aktuellen Vorgaben zur Begrenzung von Leistungsnachweisen sind nur Soll-Bestimmungen und werden in der Praxis oft ignoriert. In der Oberstufe können neben drei Klausuren pro Woche noch bis zu zehn weitere Tests geschrieben werden, ohne dass eine Regel verletzt wird. Wir fordern daher eine klare Begrenzung von Lernerfolgskontrollen und die Umwandlung der Soll-Bestimmungen in verbindliche Regelungen, um eine realistische und gerechte Belastung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

2. Strukturelle Reformen - Eine Schule der Freiheit

Verpflichtendes Mathe-Abitur, verpflichtend 12 Jahre Abitur auf Crash-Kurs-Niveau, verpflichtende schlechte Noten in Talentfächern. Wir brauchen Bildungsreformen! Schule soll die Schülerinnen und Schüler individuell fördern, dazu zählt auch die Möglichkeit, Schule nach seinen individuellen Bedürfnissen gestalten zu können. Wir fordern strukturelle Reformen in unserem Bildungssystem.

2.1 Wahlmöglichkeit für 12 oder 13 Jahre Gymnasium

Wahlfreiheit statt zwanghaftem Stress: Entschlackte Rahmenpläne in wahlweise 13 statt 12 Jahren auf dem Gymnasium. Das Ziel von G8 war die schnellere Heranführung von jungen Erwachsenen an die Berufswelt. Das Ergebnis ist der unaufhörliche Druck in der Oberstufe und die sehr große Stoffdichte. In der Realität treten viele Schülerinnen und Schüler in ihrem Hobby kürzer, um dem schulischen Stress gerecht zu werden. Das beeinflusst maßgeblich die Entwicklung der sozialen Kompetenzen und ihrer eigenen Persönlichkeit: Ob Kritikfähigkeit, zwischenmenschlicher Umgang, Verantwortungsbewusstsein und Kompromissbereitschaft. Weiterhin führt die intensive Belastung der Schülerinnen und Schüler dazu, dass diese nach dem Abschluss lieber dazu neigen, ein Überbrückungsjahr einzulegen, anstatt direkt in die Berufs- und Studienwelt einzutauchen. Wir fordern die Wahlfreiheit, das Abitur in drei Jahren zu absolvieren.

2.2 Verpflichtendes Mathe-Abitur abschaffen

Mathematische Kenntnisse sind essentiell für das Berufsleben. Dennoch bestehen signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, die eine Einheitlichkeit verhindern. Deshalb sollte das

Hauptfach Mathematik in der Oberstufe zwar verpflichtend eingebracht, aber nicht mehr verpflichtend geprüft werden. Diese Regelung würde sich dann an andere Bundesländer wie Berlin anpassen und das Abitur vergleichbarer machen.

2.3 Notengebung in Talentfächern reformieren

Noten in den künstlerischen und sportlichen Fächern sind umstritten – und häufig eher demotivierend als förderlich. Die Bewertung von Leistungen in Kunst, Musik und Sport sollte nicht nach starren Maßstäben erfolgen, die individuelle Begabungen und persönliche Entwicklungen unberücksichtigt lassen. Diese Fächer leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung, fördern Kreativität und unterstützen die körperliche Gesundheit. Das derzeitige Notensystem wird diesem Wert jedoch nicht gerecht. Statt einer einheitlichen Bewertung braucht es ein differenziertes Beurteilungskonzept, das individuelle Fortschritte, Engagement und kreative Ausdrucksformen angemessen berücksichtigt. Daher setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Leistungsbewertung in den Talentfächern ein, die Schülerinnen und Schülern von der ersten Klasse an eine faire und motivierende Rückmeldung über ihre Entwicklung ermöglicht.

2.4 Freiraum im Rahmenplan schaffen

Die Rahmenpläne stellen Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte jedes Schuljahr vor großen Herausforderungen. Damit Lehrkräfte ihren Unterricht individueller gestalten können, muss im Rahmenplan die Möglichkeit berücksichtigt werden, thematisch auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. Wir fordern daher, dass mehr Unterrichtseinheiten ohne Vorgaben im Rahmenplan verankert werden, damit Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler beispielsweise Projekte realisieren oder Themen vertiefen können. Die aktuelle Regelung reicht dafür bei weitem nicht aus.

2.5 Kopfnoten abschaffen

Kopfnoten bewerten nicht messbares Verhalten im Schulalltag. Vielen Schülerinnen und Schülern ist unklar, wie die Noten zustande kommen und können diese meist nur schwer interpretieren. An die Stelle von Kopfnoten

sollten schriftliche Beurteilungen und optionale Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräche rücken. Dadurch haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, die Beurteilung ihres Verhaltens nachzuvollziehen und ihr Verhalten im direkten Kontakt zu besprechen.

2.6 Astronomie abschaffen

Wir setzen uns für eine Reform der Stundentafel ein und fordern die Abschaffung von Astronomie. Die im Unterricht behandelten Themen können in den Rahmenplan Physik integriert werden. Dadurch wird Freiraum geschaffen, in welchem Lernmethoden und Resilienzförderung an die Schülerinnen und Schüler vermittelt werden kann. Alternativ kann das Fach Astronomie durch ein anderes Fach ersetzt werden. Die vermittelten Inhalte sind für Schülerinnen und Schüler von keiner großen Relevanz. Deshalb fordern wir, dass das Fach Astronomie von der Stundentafel gestrichen wird.

2.7 Regionalschulen stärken

Die Regionalschulen sind seit Jahren von einem schlechten Ruf betroffen. Die Ausstattung und der Personalmangel machen neben der Vernachlässigung vieler Einrichtungen die Regionalschulen zu einem Ort, der von den Schülerinnen und Schülern nicht gerne besucht wird und für angehende Lehrkräfte ein unattraktives Arbeitsumfeld bietet. Daher muss ein umfassendes Investitionsprogramm aufgelegt werden, welches die Regionalschulen stärkt und die Vernachlässigung im Vergleich zu den Gymnasien aufhebt. Des Weiteren muss die mittlere Reife als attraktiver Schulabschluss gestärkt werden, da das Gymnasium von vielen besucht wird, die eigentlich auf der Realschule besser aufgehoben wären. Hier müssen die Schülerinnen und Schüler präziser in ihrer Berufswahl beraten werden und der Abschluss nach der 10. Klasse in Kooperation mit der Wirtschaft gestärkt werden.

3. Demokratiebildung - Demokratie macht Schule

Die Schule ist ein Ort, an dem jeder Mensch einen großen Teil seiner Kindheit und Jugend verbringt. Man sollte also erwarten, dass hier auch demokratische Prinzipien gelebt werden. Doch die Realität sieht anders aus: Viele Schülerinnen und Schüler empfinden Schule als hierarchisch und entmündigend – als ob ihre Stimme keine Bedeutung hätte. Demokratie

wird zwar im Unterricht vermittelt, bleibt aber oft nur ein Prüfungsstoff, der schnell wieder in Vergessenheit gerät. Das Bildungsministerium reagiert auf das wachsende Desinteresse mit noch mehr verpflichtendem Unterricht, ohne die eigentlichen demokratischen Prozesse zu stärken. Schülerinnen und Schüler müssen jedoch in alle Entscheidungen einbezogen werden, um Demokratie nicht nur theoretisch zu lernen, sondern sie aktiv zu erleben und mitzugestalten. Deshalb muss die Schülermitwirkung auf Klassen-, Schul-, Stadt- und Landesebene gezielt gestärkt und gefördert werden. Doch in vielen Schulen geschieht dies nicht ausreichend, weil Mitbestimmung für Schulleitungen oft mit Mehraufwand verbunden ist. Wer Demokratiebildung wirklich ernst nimmt, muss bereit sein, in sie zu investieren.

3.1 Juniorwahlen

„Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie" Die Schülerinnen und Schüler erlangen innerhalb ihrer schulischen Laufbahn erstmalig das Alter, an dem sie ihre politische Partizipation geltend machen können. Die Möglichkeit, sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen zu können, führt bei Schülerinnen und Schülern landesweit zu Verunsicherungen, weil Unklarheiten über die Stimmzettel oder die Erst- und Zweitstimme bestehen. Es ist wichtig, dass Demokratie für Schülerinnen und Schüler erlebbar ist. Wir fordern daher die flächendeckende Durchführung von Juniorwahlen an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern!

3.2 Projekttag Demokratie

Unsere Demokratie steht unter Druck. Ein Projekttag ermöglicht es Schülerinnen und Schülern, sich mit unserer Demokratie zu beschäftigen. Der Tag sollte interaktiv gestaltet werden, damit sich Schülerinnen und Schülern in Diskussionsrunden, Workshops, Rollenspielen oder Expertengruppen mit demokratischen Werten auseinandersetzen und die Möglichkeit haben, ihre Fragen, Sorgen und Ängste vorzutragen. Des Weiteren können aktuelle Herausforderungen unserer Demokratie in den Projekttag mit einfließen. Viele Schülerinnen und Schüler beschäftigt der Einfluss der sozialen Medien auf die Meinungsbildung. Außerdem benötigen schon bestehende und gerade initiierte Demokratie-Planspiele und Projekte wie Model-United-Nations eine ausreichende Unterstützung,

die Selbstwirksamkeit und Engagement belohnt. Ziel ist es, die Jugendlichen zu motivieren, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und demokratische Prozesse mitzugestalten. Wir fordern die landesweite Einführung eines Demokratieprojekttags!

3.3 Politische Bildung/Sozialkunde als einbringungsverpflichtendes Fach in der Oberstufe

Die geplante Belegungsverpflichtung für Politische Bildung/Sozialkunde und die stärkere Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart sind begrüßenswert. Allerdings schränkt diese Maßnahme die Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler ein, die ein zentrales Element der gymnasialen Oberstufe darstellt. Für viele ist gerade die Möglichkeit, „langweilige" Fächer abzuwählen und persönliche Interessen zu vertiefen, eine der größten Veränderungen und Vorteile der Oberstufe. Demokratiebildung ist für uns ein zentrales Anliegen. Dazu gehört aber auch, dass Eigenverantwortung altersgerecht gefördert wird. Wenn man eine Belegungspflicht einführt, sollte konsequenterweise auch eine Einbringungspflicht folgen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das Fach zwar von allen besucht wird, aber kaum ernst genommen wird. Im schlimmsten Fall könnte das sogar dazu führen, dass Demokratiebildung mit Desinteresse und Langeweile verbunden wird. Daher halten wir es für zwingend erforderlich, Belegungs- und Einbringungspflicht gemeinsam zu denken. Um dabei die Wahlfreiheit nicht zu stark einzuschränken, könnte eine Regelung geprüft werden, die eine Einbringungsverpflichtung von mindestens zwei Semestern in den Fächern Geschichte und Politische Bildung/Sozialkunde vorsieht.

4. Schülermitwirkung - Selbstwirksamkeit erfahren

Die in §§ 80 ff. des Schulgesetzes formulierten Rechte für Schülervertreter scheinen auf den ersten Blick ein Erfolg für die Interessenvertretung der Schülerinnen und Schüler in den Schulen zu sein. Geht man jedoch in die Schulen und betrachtet die tatsächliche Situation der Schülermitwirkung, zeigt sich ein ernüchterndes Bild. Der Großteil der Schülerinnen und Schüler kennt seine Rechte nicht. Wenn die Schülervertretung dennoch aktiv ist, liegt das meist an engagierten Lehrkräften, der Schulleitung oder motivierten Schülervertretern. Dasselbe zeigt sich auch in höheren

Gremien, was zu wiederkehrender Inaktivität und zur Überlastung einzelner engagierter Schülervertreter führt. Eine weitere Hürde ist die Komplexität der Gesetzestexte, mit denen sich Schülervertreter auseinandersetzen müssen, um ihre Rechte zu verstehen. Ebenso wenig wie die Rechte sind auch die Strukturen der Schülermitwirkung den Schülerinnen und Schülern bekannt. Der Landesschülerrat sowie die Stadt- und Kreisschülerräte müssen in den Schulen bekannter gemacht werden, um eine funktionierende Grundstruktur sicherzustellen und das Gefühl von Unmündigkeit entgegenzuwirken. Deshalb ist es notwendig, dass bei Themen im Unterricht, die sich auf Mitwirkung beziehen, der Landesschülerrat und die Kreisschülerräte aktiv genannt werden und eine Auseinandersetzung mit diesen Strukturen stattfindet. Schülervertretungsarbeit, wie Schülerfirmen, Schülerzeitungen oder Schülerpodcasts, muss zudem in den Unterricht integriert werden, um Demokratie aktiv zu erleben.
Damit sich etwas ändert, müssen die Rechte der Schülervertretungen umfassend gestärkt und die Zusammenarbeit aller Beteiligten verbessert werden.

4.1 Klare Rechte für Schülervertreter

Um Schülerinnen und Schülern das Verständnis der sie betreffenden Gesetzestexte zu erleichtern, müssen die entsprechenden Paragraphen im Schulgesetz schülerfreundlich und klar formuliert werden. Darüber hinaus müssen die Grundsätze in § 80 Abs. 2 verpflichtend gemacht werden (statt Soll-Bestimmungen), damit Schülerinnen und Schüler einen klaren Rechtsanspruch auf die angemessene Ausübung ihrer Mandate haben. Jeder neue Schülervertreter muss wissen, wo seine Rechte festgeschrieben sind und was sie konkret für ihn bedeuten. Damit dies gewährleistet ist, müssen Lehrkräfte, Schulleitung und das Bildungsministerium in die Pflicht genommen werden. Hier bietet sich zudem eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landesschülerrat und weiteren Partnern im Bereich politischer Bildung an.

4.2 Handlungsrichtlinien für Schülermitwirkung als Grundplan

Wir fordern die Entwicklung einer Richtlinie zur Demokratiebildung, um dieses Thema stärker in den Unterricht zu integrieren. Diese Richtlinie soll Lehrkräften als Anleitung dienen, Gremien der Schülervertretung gezielt in den Unterricht einzubinden. Ohne eine solche Orientierungshilfe ist der

Einstieg oft schwierig – das gilt auch für das Demokratieverständnis junger Menschen.
Dieses Verständnis wird in der Schule geprägt, da hier der erste Kontakt mit politischen Gremien und Systemen stattfindet. Daher fordern wir vom Bildungsministerium die Erarbeitung von Handlungsrichtlinien für Demokratiebildung und Schülermitwirkung. Diese würden Lehrkräften und Schulleitungen helfen, Demokratie praxisnah zu vermitteln und den Schülerinnen und Schülern als Werkzeug für ihre Mitbestimmung näherzubringen. Für die Ausarbeitung bietet sich eine Zusammenarbeit zwischen dem Landesschülerrat und dem Bildungsministerium an.

4.3 Debattieren als Basis für Demokratiebildung

Debattieren als Basis für Demokratiebildung bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler frühzeitig lernen, ihre Meinung zu vertreten, zuzuhören und konstruktiv zu argumentieren. Wir fordern daher, in den Schulen eine Debattenkultur zu etablieren, die niedrigschwellig in den Unterricht integriert wird. Durch regelmäßige Debatten und Diskussionsrunden können die Schülerinnen und Schüler nicht nur ihre rhetorischen Fähigkeiten verbessern, sondern auch den respektvollen Umgang mit unterschiedlichen Standpunkten üben. Dieses Format soll die grundlegenden Fähigkeiten für das demokratische Miteinander vermitteln, indem es das kritische Denken fördert und die Fähigkeit stärkt, in einem pluralistischen Umfeld Kompromisse zu finden. So wird Debattieren zu einem Fundament, auf dem demokratische Werte aufgebaut und erlebbar gemacht werden und als Basis für Demokratiebildung und Schülermitwirkung dient.

4.4 Verpflichtende Weiterbildungsmöglichkeiten

Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten bekommen, sich thematisch weiterzubilden. Fähigkeiten, wie Projektmanagement, inhaltliche Auseinandersetzung mit bildungspolitischen Themen, Social Media und Öffentlichkeitsarbeit sind Fähigkeiten, die unbedingt notwendig für eine gute Arbeit von Schülervertretung sind, häufig aber keine Grundvoraussetzung darstellen. In einem Gremium, welches fast alle 2 Jahre komplett neu aufgestellt wird, geht Wissen ohne Kontinuität und gute Strukturen verloren. Daher fordern wir, dass allen Schülerinnen und Schüler

die Möglichkeit gegeben wird, an Weiterbildungsmöglichkeiten teilzunehmen.

4.5 Beteiligungsnetzwerk für Schülervertreter

Eine zentrale Plattform, wo alle Schülervertreter Zugriff haben und mit Infomaterial versorgt werden, könnte das Problem der geringen Bekanntheit und der unzureichenden Kooperation zwischen Bildungsministerium, Landesschülerrat und der Basis in den Schulen beheben. Diese Plattform könnte von der Geschäftsstelle des Landesschülerrats oder einem Kooperationspartner verwaltet und durch diverse andere Partner und dem Vorstand des Landesschülerrats mit Inhalt gefüllt werden. Zu Beginn eines Schuljahres hätten neue Schülervertreter Zugriff auf einfache Anleitungen und Leitfäden für typische Prozesse, wie Anträge, den Aufbau des Schülerrates und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Diese Plattform hätte das Potential, Schülervertretung zu festigen und Demokratiebildung konsequent zu stärken.

4.6 Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an Rahmenplänen

Viele Schülerinnen und Schüler sehnen sich nach einer Entschlackung der Rahmenpläne und einem Lebensweltbezug. Um den Rahmenplan eines Fachs an die Bedürfnisse und Interessen der Schülerinnen und Schüler anzupassen, erachten wir es als sinnvoll, MV`s Schülerschaft an der Entwicklung der Rahmenpläne zu beteiligen. Hierbei müssen die interessierten Schülerinnen und Schüler nicht den gesamten Prozess der Rahmenplanentwicklung begleiten, sondern können in regelmäßigen Abständen über die verankerten Inhalte informiert werden. Dadurch können die Rahmenpläne thematisch besser an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden. Auch sollten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit haben, den Unterricht mitzugestalten. Dies wird im Schulalltag leider zu wenig umgesetzt und ist durch die Rahmenpläne auch nur in geringem Maße vorgesehen und ohne klare Handlungsempfehlung vom Bildungsministerium.

4.7 Regelmäßige Unterrichtsevaluation der Schülerinnen und Schüler

Damit die Lehrkräfte die individuellen Interessen in ihren Unterricht mit einfließen lassen können, sollte den Schülerinnen und Schüler in

regelmäßigen Abständen die Möglichkeit geboten werden, sachlich und konstruktiv Hinweise zur Unterrichtsgestaltung zu geben. Hierbei geht es keineswegs darum, die Schülerschaft gegen die Lehrkräfte auszuspielen. Ziel ist es, den Unterricht bedarfsorientiert zu gestalten, um nachhaltig die Lernleistung der Klasse zu verbessern und die Schülerschaft aktiv miteinzubeziehen.

4.8 Anhörungspflicht auf Kreisebene

Wir fordern eine Anhörungspflicht, sowie ein Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der Kreis- bzw. Stadtvertretungen, in welchen Themen, die Schülerinnen und Schüler betreffen, für alle Kreis- bzw. Stadtschülerräte. Die Schülervertreter in diesen Gremien werden aus unserer Sicht nicht ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informiert und die Kooperation mit den Behörden gestaltet sich sehr schwierig, da Schülervertretung als zusätzliche Last empfunden wird. Das gesetzlich vorgegebene Verhältnis der Schulleitung zu den Schülervertretern in der Schule sollte aus unserer Sicht auch auf Stadt- bzw. Kreisebene und auf Landesebene geöffnet werden.

4.9 Verpflichtende Protokollierung an Schulen

Um eine starke und transparente Schülerbeteiligung zu gewährleisten, fordern wir, dass Protokolle der Schülervertretungsarbeit verpflichtend an Schulen und Schulleitungen zurückgemeldet werden. Diese sollen dann durch die oberste Schulbehörde und den Landesschülerrat einsehbar sein. Dadurch wird die Arbeit der Schülerorganisationen offiziell bestätigt und nachvollziehbar gemacht, was für mehr Transparenz und eine tatsächliche Umsetzung der Schülermitwirkung sorgt. Dadurch können konkret Schulen mit Nachholbedarf ausgemacht werden, die durch Angebote des Landesschülerrats in Sachen Schülermitwirkung gestärkt werden können. Ergänzend verlangen wir einen verpflichtenden Bericht der Gremien an die Klassen, um die Ergebnisse unmittelbar an die Schülerinnen und Schüler zu kommunizieren. So entsteht ein direkter Kontakt zwischen den Schülervertretungen und der Schülerschaft, was diese Gremien nahbarer und bekannter macht und letztlich zu einem gesteigerten Engagement führt.

4.10 Annerkennung von Schülervertretungsarbeit

Viele Schülervertreter, insbesondere in höheren Gremien, investieren mehrere Stunden neben ihren Verpflichtungen in der Schule in Schülervertretungsarbeit. Durch das "Packeselprinzip" (Ämter in höheren Gremien können nur durch Beteiligung in anderen Gremien erreicht werden) haben viele Schülervertreter gleich mehrere Mandate, die alle zur gleichen Zeit betreut werden. Da die meisten engagierten Schülervertreter in der Oberstufe sind, kommt der Abistress dazu und die Schülervertretungsarbeit oder der Abischnitt leidet. Für Schülervertretungsarbeit bleibt also immer zu wenig Zeit. Neben diesem Stresslevel kommen zusätzlich unkooperative Schulleitungen, bürokratische Hürden und mangelnder Respekt gegenüber Schülervertretern. Um diesen Missständen entgegenzuwirken, schlagen wir eine strukturelle Neuausrichtung der Rahmenbedingungen vor: Schulen und Schulleitungen müssen die Schülervertretungsarbeit als elementaren Bestandteil der demokratischen Bildung anerkennen und fördern. Konkret fordern wir, dass Schülervertretungsaufgaben als offizielle schulische Aktivität in den Stundenplan integriert werden, um so eine zeitliche Entlastung zu gewährleisten und die Vereinbarkeit mit dem regulären Unterricht zu verbessern. Zudem sollte das aktuelle Mandatssystem überarbeitet werden, um das „Packeselprinzip" zu entschärfen und eine Überlastung einzelner Schülervertreter zu vermeiden.

4.11 Einführung des Klassenrats

35% der Schülerinnen und Schüler räumen ein, dass eine Klassenleiterstunde gar nicht oder nur selten abgehalten wird. Grund dafür ist der den Lehrkräften zugestandene Ermessensspielraum in der möglichen Streichung der Stunde. Wir fordern daher, das wöchentliche Abhalten von Klassenleiterstunden gemäß der Vorschriften der Stundentafelverordnung (StdTafVO M-V). Die darin vorgegebenen Festlegungen zur Demokratiebildung müssten mit der Idee der Klassenleiterstunde fusionieren, um den Schülerinnen und Schülern die Erfahrung der Selbstwirksamkeit bei klassenspezifischen Angelegenheiten zu ermöglichen. Dafür braucht es die Methode des Klassenrats, um Schülermitwirkung niedrigschwellig auf Klassenebene zu etablieren.

5. Soziale Gerechtigkeit – Chancen schaffen

Bildung sollte allen jungen Menschen die gleichen Chancen bieten – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort. Doch in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich immer wieder, dass soziale Ungleichheit den Zugang zu guter Bildung erschwert. Schülerinnen und Schülern aus finanziell schwächeren Familien oder ländlichen Regionen stehen oft vor größeren Herausforderungen, sei es durch fehlende Ressourcen, ungleiche Lernbedingungen oder begrenzte Zukunftsperspektiven.

5.1 Gesellschaftliche Teilhabe: kostenloses Schülerticket

Die Schulwege in Mecklenburg-Vorpommern sind lang und die Regelungen für die Schülerbeförderung für viele sehr undurchsichtig. Gerade landkreisübergreifende Schulwege stellen die Schülerbeförderung hinsichtlich der Finanzierung vor Herausforderungen, weshalb bei den Schülerinnen und Schülern in Bezug auf die Schülerbeförderung teilweise hohe Kosten entstehen. Um eine kostengünstige Schülerbeförderung zu gewährleisten, fordern wir landesweit die Einführung eines kostenlosen Deutschlandtickets für alle Schüler und Auszubildende. Dadurch steigern wir die Mobilität der Schüler und bieten ihnen die Möglichkeit, ihre Freizeit individuell zu gestalten. Ein kostenloses Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende in Mecklenburg-Vorpommern sichert bezahlbare Mobilität, stärkt Chancengleichheit und schafft Freiheit – im Schulalltag und darüber hinaus!

5.2 Bildungsgutschein für Lernmittel

„Die Teilnahme am Unterricht und an Schulprüfungen ist an Schulen in öffentlicher Trägerschaft unentgeltlich." (§ 54 Abs. 1 SchulG M-V).
Dennoch erheben Schulträger zunehmend Kostenbeiträge für Arbeitshefte, Druckerkosten, Lektüre etc., um den schulischen Alltag zu realisieren. Das stellt vor allem Familien mit geringem finanziellem Einkommen vor Herausforderungen.
Deshalb fordern wir die Einführung eines Bildungsgutscheins, der zweckgebunden für Lernmittel und Schulmaterialen ausgestellt wird. Der sozioökonomische Hintergrund darf nicht ausschlaggebend für die Qualität der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern sein und den Schülern die Teilhabe am Unterricht verwehren!

5.4 Barrierefreiheit aller Schulen

Viele Schulen in MV sind nicht ausreichend ausgestattet, um ein offenes Lernumfeld für Schwerbehinderte zu schaffen. Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung nicht am Unterricht teilnehmen können oder durch mangelnde Investitionen in Schulgebäude beim Lernen eingeschränkt werden. Für uns ist klar: Jede Schule muss eine barrierefreie Schule sein, sodass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig ihrer körperlichen Beeinträchtigungen am Schulalltag teilnehmen können. Außerdem sollte Inklusion und Integration an jeder einzelnen Schule gedacht, gelebt und angestrebt werden. Diese zentralen Werte unserer Gesellschaft gehören nicht ausgelagert an speziell dafür vorgesehene Schulen, sondern sollten Alltag aller sein. Für uns ist klar: Vielfalt, gelebte Inklusion und Gemeinsamkeit ist wirkungsvoller als gut gemeinte Ausgrenzung!

5.5 Umfassende und gerechte Digitalisierung

In den letzten Jahren wurde bereits die Grundausstattung vieler Schulen maßgeblich erneuert und verbessert. Leider ist bei der persönlichen Ausstattung, zum Beispiel bei digitalen Zeichengeräten, die soziale Herkunft durch das Prinzip der Eigenanschaffung bestimmend. Bildung ist hier nochmal deutlicher von der sozialen Herkunft abhängig als ohnehin schon. Um dem entgegenzuwirken fordern wir eine solide Grundausstattung digitaler Geräte, die Medienkompetenz und digitales Lernen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht.

5.6 Kostenfreie Bereitstellung von Menstruations- und Hygieneartikeln auf Schultoiletten

Der Zugang zu Menstruations- und Hygieneartikeln ist eine grundlegende Notwendigkeit und muss für alle frei und unkompliziert auf Schultoiletten verfügbar sein. Die Versorgung mit diesen Produkten darf nicht vom Einkommen abhängen, sondern muss für jede menstruierende Person gesichert sein. Gerade an Bildungseinrichtungen sollte die Gesundheitsförderung oberste Priorität haben. Schülerinnen und Schüler müssen sich an ihrer Schule sicher und respektiert fühlen – auch während

ihrer Menstruation. Deshalb fordern wir die flächendeckende, kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsprodukten wie Binden, Tampons und nachhaltigen Alternativen an allen Schulen. Diese Maßnahme ist ein wesentlicher Schritt zur Förderung von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung. Gleichzeitig trägt sie zur gesundheitlichen Prävention bei. Kein Mensch sollte aufgrund eines natürlichen biologischen Prozesses benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

6. Klare Kanten gegen Extremismus

Symbole wie Hakenkreuze oder extremistische Gesten sind Ausdruck extremistischer und menschenverachtender Ideologien, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.
In einer demokratischen Gesellschaft ist es unerlässlich, frühzeitig Bildungsangebote zu schaffen, die Menschen über die Gefahren extremistischer Ideologien sensibilisieren und gleichzeitig ein tolerantes und respektvolles Miteinander fördern. Schulen spielen dabei eine entscheidende Rolle, denn sie sind der Ort, an dem demokratische Werte vermittelt und gefestigt werden müssen. Wir fordern, dass Schulen verstärkt auf politische Bildung und Aufklärung setzen, um Extremismus in all seinen Formen präventiv zu begegnen.

6.1 Konsequente Ahndung von Straftaten

Extremistische Straftaten müssen konsequent geahndet und nachverfolgt werden. Die Schulen müssen klare Signale senden, dass Extremismus nicht toleriert wird. Dazu sollte in jeder Schulordnung eine entsprechende Regelung getroffen werden

6.2 Präventive Angebote

Es müssen präventive Maßnahmen gestärkt werden, die gefährdete junge Menschen erreichen, bevor sie in extremistisches Gedankengut abrutschen. Dabei ist es wichtig, demokratische Werte, wie Toleranz, Respekt und Zusammenhalt zu betonen. Schulen können sich beispielsweise im Rahmen des Projekts “Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage” engagieren.

6.3 Medienbildung stärken

Die sozialen Medien bieten oft einen Nährboden für die Verbreitung von Hass und Desinformationen, die von extremistischen Ideologien gespeist werden. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Desinformationen zu erkennen, Strategien von Extremisten und Populisten zu entlarven und die Gefahren der sozialen Medien einschätzen können. Medienkompetenz ist aber nicht nur in Bezug auf Desinformation in der heutigen Zeit unerlässlich. Vielmehr ist der verantwortungsbewusste Umgang mit digitalen Medien noch lange keine Selbstverständlichkeit bei den Schülerinnen und Schülern und auch nicht bei den Lehrkräften. Hier muss das Bildungsministerium nachziehen und daher muss Medienbildung in den Lehrplänen priorisiert und attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte angeboten werden.

SETZE MIT UNS EIN ZEICHEN FÜR BESSERE BILDUNG!

@lsr_mv

@lsr_mv

info@bildungsprotest-sn.de

LASST UNS GEMEINSAM ETWAS BEWEGEN!